

An den
Präsidenten des Burgenländischen Landtages
Herrn Robert Hergovich

Landhaus
7000 Eisenstadt

Eisenstadt, am 7. November 2024

Dringlichkeitsantrag

der Landtagsabgeordneten Anja Haider-Wallner und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Offenlegung der Finanzierungspläne für die geplante Klinik Gols

Es wird ersucht, den gegenständlichen Dringlichkeitsantrag gemäß § 24 Abs. 3 GeOLT zu behandeln und der Klubobfrau Anja Haider-Wallner das Wort zur Begründung zu erteilen.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- sämtliche Pläne und Konzepte für die Finanzierung, den Bau und den Betrieb eines geplanten Krankenhauses im Bezirk Neusiedl am See im Detail offenzulegen und dem Landtag zur Kenntnis zu bringen,
- den Standort Golser Wiesäcker für die Errichtung eines Krankenhauses endlich aufzugeben und einen alternativen Standort zu wählen, um den Bau nicht noch weiter zu verzögern.

Entschließung

Im November 2019, im Zuge des letzten Landtagswahlkampfes, präsentierte Landeshauptmann Hans Peter Doskozil den „Masterplan Gesundheit“ und kündigte die Errichtung eines Bezirkskrankenhauses im Bezirk Neusiedl am See an. Dieses sollte das sanierungsbedürftige Spital in Kittsee ersetzen. Im Jänner 2020, noch mitten im Wahlkampf, verkündete der Landeshauptmann, dass dieses Spital in Gols gebaut werden solle – noch bevor eine Standort- und Alternativenprüfung stattgefunden hatte.

Im März 2020 wurde ein Projektgebiet auf dem Gemeindegebiet von Gols in der Größe von 8,2 ha (geplante Nutzfläche 12.000 m²) präsentiert. Es handelt sich dabei um eine weinbaulich genutzte landwirtschaftliche Fläche ohne Siedlungsanbindung mit sehr nährstoffreichen Bodenverhältnissen in der Randlage zu den naturschutztechnisch höchst wertvollen Zitzmannsdorfer Wiesen zwischen den Ortschaften Gols und Weiden am See. Der Standort des Projekts liegt in einem Naturschutzgebiet und grenzt direkt an das UNESCO-Welterbegebiet „Fertő – Neusiedler See“ sowie an das Landschaftsschutzgebiet „Neusiedler See und Umgebung“ an. Über geprüfte Alternativstandorte gab es auch hier keine Auskunft.

Im Juni 2022 wurde das Verfahren zur Änderung der Flächenwidmung eingeleitet. Im Zuge dessen wurde mit dem Umweltbericht auch das erste Mal die Standortuntersuchung öffentlich gemacht, nachdem sie mehr als 2 Jahre lang unter Verschluss gehalten worden war. Im Verfahrensdokument „Ergebnis Standort- und Alternativenvergleich“ ist zu lesen (Seite 7), dass die erste Standortuntersuchung im Februar 2020 durchgeführt worden war. Also erst nachdem Landeshauptmann Doskozil im Wahlkampf verkündete, dass der Standort Gols ausgewählt wurde. Das Ergebnis der Standortuntersuchung war also längst vordiktiert.

Nach Abschluss des Widmungsverfahrens wurde dieses von einer Bürgerinitiative beim Landesverwaltungsgericht und in weiterer Folge beim Verwaltungsgerichtshof bekämpft. Dieser gab der Bürgerinitiative recht und verwies das Verfahren an das LVwG zurück.

Noch bevor das LVwG neuerlich entscheiden konnte, änderte die SPÖ das Krankenanstaltengesetz, so dass nunmehr die Errichtung eines Krankenhauses vom Anwendungsbereich des Raumplanungsgesetzes ausgenommen ist und keiner Flächenwidmung bedarf. Mit dieser vermutlich verfassungswidrigen und unionsrechtswidrigen Bestimmung wird nicht nur die Raumplanungskompetenz der Gemeinden ausgehebelt, sondern werden auch die Mitwirkungsrechte der Öffentlichkeit eingeschränkt.

Im Juni 2024 gab Landeshauptmann Doskozil bekannt, die Klinik Gols solle mit „Erträgen aus sauberer Energie“ finanziert werden. Dabei sollen Erträge aus einer Projektgesellschaft des Landes mit der Burgenland Energie, die mit der Umsetzung des Ausbaus von Windkraft und Photovoltaik betraut ist, verwendet werden. Obgleich der Ausbau erneuerbarer Energieträger zu befürworten ist, ist die Verschränkung mit dem Krankenhausbau nicht nachvollziehbar.

Geld aus Klima-Energie soll auch wieder für Klima- und Naturschutz ausgegeben werden. Ein Krankenhaus braucht gesicherte Finanzierung ohne Spekulation und einen guten Standort. Die Landesregierung ist daher gefordert, sämtliche Pläne zu veröffentlichen, wie das geplante Krankenhaus finanziert, gebaut und betrieben werden soll.